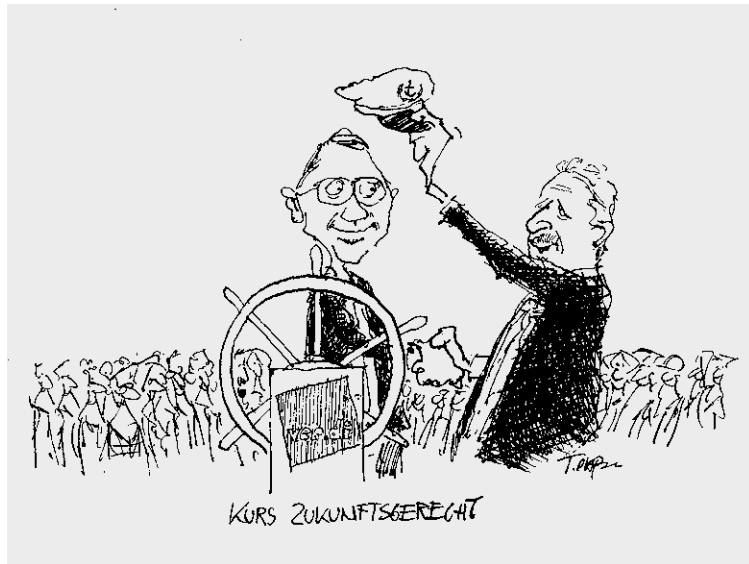


So machen wir es

VER.DI-BUNDESKONGRESS – 1000 Delegierte legen die Ziele für die nächsten vier Jahre fest

Die rund 1000 Delegierten des 5. ver.di-Bundeskongresses vom 21. bis 28. September in Leipzig haben nach ausführlichen Debatten ihre Festlegungen für die Arbeit der Gewerkschaft in den nächsten vier Jahren getroffen. Zu den herausragenden Zielen und Arbeitsschwerpunkten zählt die Stärkung der Tarifbindung. Der neue ver.di-Vorsitzende Frank Werneke sagte gleich zu Beginn seiner Grundsatzrede, er wolle „Fortschritt in der Arbeitswelt und die Einkommensentwicklung durch Tarifverträge organisieren. Das sage er „als leidenschaftlicher Tarifverhandler – und als jemand, der lieber auf die eigene Durchsetzungsmächtigkeit vertraut, statt auf politische Regierungen zu vertrauen“. Am Nachmittag zuvor war Werneke mit 92,7 Prozent der Stimmen gewählt worden. Er folgt auf Frank Bsirske, der nach 18 Jahren an der ver.di-Spitze nicht wieder zur Wahl angetreten war. Wie dringlich die Stärkung der Tarifbindung sei, so Werneke weiter, zeige sich etwa auch am Beispiel Altenpflege. Dort verschafften sich tarifungebundene private Pflegeunternehmen „systematisch über Lohndumping und schlechte Arbeitsbedingungen Wettbewerbsvorteile“. Das müsse grundlegend anders werden: „Wir wollen wieder Gemeinwohl statt Profite auf Kosten der zu pflegenden Menschen und der Beschäftigten.“

Generell kritisierte Werneke scharf die „Entsicherung und Ent-



wertung von Erwerbsarbeit“ als Folge der Politik der Agenda 2010 mit ihren Hartz-Gesetzen. Durch Mini- und Midijobs, durch Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen sei Arbeit „millionenfach entschert worden“ und werde schlecht bezahlt. Rund 9 Millionen Menschen in Deutschland, also mehr als jede und jeder fünfte Beschäftigte, müsse für einen Niedriglohn arbeiten. „Das ist eine Schande für Deutschland“, rief Werneke den Delegierten zu. Und: „Wir wollen Hartz IV überwinden. Herumreparieren reicht nicht.“ Prekäre Arbeit müsse eingedämmt werden, sachgrundlose Befristungen etwa gehörten abgeschafft, „und zwar alle“. Mehrfach unterbrochen von dem starken Beifall der Delegierten zog Werneke wei-

tere Grundlinien ein: Er sprach sich für die Schaffung einer Rentenversicherung aus, in die künftig „alle einzahlen, inklusive Abgeordnete. Das würde zu einem erstaunlichen Realitätsschub führen“. Hinzuzuziehen seien überdies Selbstständige bei einer Beteiligung ihrer Auftraggeber und perspektivisch auch zukünftige Beamtinnen und Beamte. Das Rentenniveau, so Werneke mit Nachdruck, sei wieder anzuheben, und zwar auf über 50 Prozent. Und deutlich zu erhöhen, auch daran ließ der neue ver.di-Vorsitzende keinen Zweifel, sei auch der gesetzliche Mindestlohn. In einem ersten Schritt von derzeit 9,19 Euro auf 12 – „und zwar ohne Ausnahme. Und noch in dieser Legislaturperiode“.

Maria Kniesburg

VORBEI...

... ist er, der 5. ordentliche ver.di-Bundeskongress. In einer konzentrierten Fleißarbeit diskutierten und beschlossen knapp 1000 angereiste Delegierte knapp 1000 Anträge, mit nur etwa 100 muss sich der Gewerkschaftsrat noch beschäftigen. Der Kongress wählte aber auch einen neuen Bundesvorstand, der sich ganz deutlich als Team positionierte und bereits unmittelbar nach Kongressende erste verbindliche Absprachen getroffen hat. Den Schwung des Kongresses gilt es jetzt mitzunehmen. Denn der Kongress hat viele wegweisende Beschlüsse gefasst, mit denen ver.di jetzt nicht nur personell gut aufgestellt in die Zukunft gehen kann, sondern auch inhaltlich. In dieser Ausgabe der „ver.di news“ stellen wir einige von ihnen vor, auch in der kommenden Ausgabe werden wir noch auf weitere hinweisen. *hla*

Der Neue

„Wir stellen noch einmal unmissverständlich fest: Der neue Vorsitzende von ver.di heißt seit gestern, 16.20 Uhr, Frank Werneke.“

Peter Wagner von der Kongressleitung, nachdem der DGB am Vortag dem neu gewählten ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske gratuliert hatte.

AUFTAKT
„Wie gut, dass es euch gibt“
Bundespräsident kam zur Eröffnung in die Messehallen
SEITE 2

POLITIK
Klare Kante
Grundrecht auf Asyl ist unantastbar
SEITE 3

ÖKOLOGIE
Emotionale Debatte
Passage zum Erhalt des Hambacher Forsts in Leitantrag aufgenommen
SEITE 4

GUTE ARBEIT
Das Leitbild von ver.di
Flächen- und Branchentarifverträge verteidigen
SEITE 5

RECHENSCHAFT
Der Sinn von Gewerkschaft
Bsirske und Brandl zogen zum letzten Mal Bilanz
SEITE 6

SOZIALPOLITIK
Rente mit 63
Zahlreiche Anträge beschäftigen sich mit würdigem Leben im Alter
SEITE 7

Spenden für die
Seenotrettung

(hla) Die Rede von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hatte die ver.di Jugend mit einer Aktion begleitet. In leuchtend orangen Rettungswesten zeigten sie das Transparent „Im Mittelmeer ertrinken die Menschenrechte“. Der Bundespräsident bekräftigte daraufhin seine Aussage, dass man Italien nicht mit der Aufgabe, über das Mittelmeer Geflüchtete aufzunehmen, allein lassen dürfe. In den folgenden Kongressstagen sammelte die ver.di Jugend weitere Spenden für die deutsche Hilfsorganisation sea-eye (sea-eye.org). Die Nichtregierungsorganisation aus Regensburg widmet sich der Rettung von in Seenot geratenen, meist geflüchteten Menschen im Mittelmeer. Bis zum Kongressende kamen rund 6000 Euro zusammen. In einer bewegenden persönlichen Erklärung bedankte sich der Delegierte Hamado Dipama für die Kongressbeschlüsse zur Solidarität mit Geflüchteten. Es sei wichtig, dass der Kongress ein deutliches Zeichen für die Rechte von Geflüchteten gebe (E 001). Hierin lehnt ver.di unter anderem die Kriminalisierung von Kapitän*innen und Besatzungen von Schiffen ab, die Menschen aus Seenot retten. Debatten um Einwanderung und Integration sollen versachlicht, Migration und Mobilität als gesellschaftlicher Normalzustand in einer globalisierten Welt verstanden werden. Dipama selbst ist vor vielen Jahren aus Burkina Faso geflohen und lebt mittlerweile in München.

„Wie gut, dass es Euch gibt“

AUFTAKT – Bundespräsident kam zur Eröffnung in die Messehallen

(hla) Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier war der Hauptredner bei der Eröffnungsveranstaltung des 5. ver.di-Bundeskongresses. Er bedankte sich bei den Gewerkschaften für ihren Einsatz für Offenheit, Freiheit und Solidarität. Davon lebe die Demokratie. Dafür leisteten die Gewerkschaften einen Dienst, denn sie seien mehr als Schönwettervereine und Tarifmaschinen.

Er würdigte ver.di als „durch und durch politisch“, hob aber hervor, dass die Dienstleistungsgewerkschaft Tarifverhandlungen nicht politisiere: „Sie sind überparteilich, aber sie ergreifen Partei für ein solidarisches Land.“ Mit Blick auf die ver.di Jugend, die ihn in orangenen Seerettungswesten und mit dem Transparent „Im Mittelmeer ertrinken die Menschenrechte“ begrüßt hatte, sagte Steinmeier, es sei wich-

„Meine einfache Botschaft heute lautet: ver.di, wie gut dass es Euch gibt.“

„Ich finde, das oberste Prinzip unserer Sozialen Marktwirtschaft muss sein: Jeder hat einen fairen Lohn für seine Arbeit verdient. Jeder sollte vom Lohn seiner Arbeit auch leben können. Das ist eine Frage von Gerechtigkeit.“

**Bundespräsident
Frank-Walter Steinmeier**

tig, dass Solidarität nicht an den Grenzen halt mache.

Der Bundespräsident würdigte in seiner Rede aber auch den scheidenden ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske: „Frank Bsirske war ver.di, und ver.di war Frank Bsirske.“ Dennoch ist ihm um die Zukunft der Organisation nicht bange, da in einer Demokratie wichtige Institutio-

nen nicht allein von einzelnen Menschen abhängen. „Die Mitglieder tragen ver.di und werden ver.di weitertragen – auch mit neuen Frauen und Männern am Ruder“, ist sich der Bundespräsident sicher.

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann forderte mehr Tarifbindung. Tarifverträge bedeuteten mehr Sicherheit in den heutigen Zeiten des durchgreifenden Wandels in der Arbeitswelt. Gleichzeitig müsse es einfacher werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären. Musikalisch umrahmt wurde die Eröffnungsfeier von der Band Grandbrothers & Ensemble, zum Teil gemeinsam mit Aeham Ahmad, der als „Pianist aus den Trümmern“ durch sein Klavierspiel im Flüchtlingslager Jarmuk bekannt geworden ist. Mittlerweile lebt er in Deutschland.

D I E P R E S S E - S H O W

Freie Gewerkschaften „sind mehr als Schönwettervereine und Tarifmaschinen“, vielmehr leisten sie „einen Dienst an der Demokratie“. Und: „Die Stimme von ver.di hat Gewicht“, so lautete die Einschätzung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zur Eröffnung des 5. Ordentlichen Bundeskongresses der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft am 22. September 2019 in Leipzig. Immerhin. Am gleichen Tag hatte die Tageszeitung „Die Welt“ aus dem Axel-Springer-Verlag dagegen von einem „Kampf des neuen Ver.di-Chefs gegen die Bedeutungslosigkeit“ fantasiert.

Dabei wiederholte das Blatt – als Gegenrezept und der Einfachheit halber wortgleich – die fünf zentralen Aufgaben, die ihre Schwester „Welt am Sonntag“ mit ihrer geballten gewerkschaftspolitischen Kompetenz eine Woche zuvor für den neuen Gewerkschaftsvorsitzenden Frank Werneke festgelegt hatte (was „ver.di NEWS“ bereits in der letzten „Presse-Show“ gewürdigt hat).

Eins ist klar: Gewerkschaften in Bundesdeutschland müssen sich, wie alle anderen gesellschaftlichen Akteure, grundsätzlich der kritischen Bewertung durch Presse, Funk und Fernsehen stellen. Was dabei mitun-

ter nervt, ist eine gewisse Oberflächlichkeit oder auch Naivität der journalistischen Akteur*innen, die auf einen Mangel an Vertrautheit mit dem Berichterstattungsgegenstand schließen lässt. Mit dem 5. ver.di-Bundeskongress in Leipzig haben sich in den letzten Wochen Medien fast aller Couleur, von der ARD über die „junge Welt“, die FAZ und die „taz“ bis zum ZDF, mehr oder weniger ausführlich und mehr oder weniger qualifiziert beschäftigt.

„FAZ“: BSIRSKENACHFOLGER HÄLT VER.DI AUF LINKSKURS

Zu den Lieblingsthemen der journalistischen Kongress-Beobachter*innen gehörten dabei, wie so oft in Politik und Gesellschaft, vor den programmatischen Fragen die Personalien – im vorliegenden Fall der Wechsel an der ver.di-Spitze: der Abschied von Frank Bsirske und die Wahl seines Nachfolgers Frank Werneke. Die Berliner „tageszeitung“ (taz), eigentlich für pffiffige Schlagzeilen bekannt, titelt glasklar: „Der eine Frank geht, der andere Frank kommt“. Wer hätte das gedacht! Das Bielefelder „Westfalen-Blatt“ bemüht originell: „Der neue Bsirske heißt Werneke“.

Der „Ostwestfale Werneke“ werde „ein ganz anderer Verdi-Chef sein als der spitzbübische, kämpferische Niedersachse“ Bsirske, so die tiefsinnige Einschätzung der „Südwest-Presse“ aus Ulm, als lägen Welten zwischen Hannover und Bielefeld. Für den Berliner „Tagespiegel“ geht „mit dem Politologen Bsirske, Mitglied der Grünen, ein intellektueller Rabauke“, während mit Werneke ein gelernter Verpackungsmittelmechaniker komme, der als 16-Jähriger „auf dem Münchner Marienplatz den Aufnahmeschein für die SPD unterschrieb“. Werneke sei „ein Ostwestfale eben, schwer aus der Ruhe zu bringen, zuverlässig und vernünftig und ein bisschen langweilig“. Was lehrt uns das alles nun? Immerhin hat der „Tagesspiegel“ Wernekes Ausbildungsberuf korrekt aufgenommen und wiedergegeben.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung fasst denn auch zusammen: „Bsirske-Nachfolger hält Verdi auf Linkskurs“. Na also. Und wie „langweilig“ es mit ver.di alsdann unter dem Vorsitz des Ostwestfalen in den nächsten Monaten und Jahren zugeht, da wird der Gewerkschaftsexperte vom „Tagesspiegel“ noch „Jlotzoogen“ machen.

Henrik Müller

Klare Kante

GEWERKSCHAFTS- UND GESELLSCHAFTSPOLITIK – Grundrecht auf Asyl ist unantastbar

(ml) Das gewerkschaftliche Engagement von ver.di gründet sich auf Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe. Das Ziel ist, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen. Das haben die Delegierten am 6. Kongresstag in Antrag E 001 beschlossen.

ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entgegen und beteiligt sich aktiv an Bündnissen und Protesten gegen Aktivitäten rechtspopulistischer und rechtsextremer Organisationen und Parteien. Personen, die sich in solchen Parteien oder Organisationen aktiv beteiligen und sich menschenverachtend oder gewerkschaftsfeindlich äußern, schließt ver.di im Rahmen der satzungsrechtlichen Möglichkeiten von der Mitgliedschaft aus. Aktive Mitgliedschaft umfasst z.B. das Bekleiden von Mandaten, das Bewerben um ein politisches Mandat sowie jeglichen Wahlkampf im Namen

von solchen Parteien oder Organisationen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke stellte in der Diskussion klar, „wir haben klare Kante gezeigt“. Das sei die juristisch weitestgehende Möglichkeit, um Rechtsextreme und Rechtspopulisten auszuschließen.

Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer Heimat wegen ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder religiö-

sen Zugehörigkeit verfolgt werden, müssen in Deutschland und Europa Schutz finden. Für ver.di ist das Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention unantastbar. Die Gewerkschaft besteht darauf, dass die Menschenrechte eingehalten werden. (Siehe auch Rand Seite 2)

FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG

Krieg als Mittel der Politik lehnt ver.di grundsätzlich ab (E 135). ver.di hält die Vorstellung, dass Frieden und Sicherheit durch mehr und überlegene Waffen gesichert werden könne, für grundlegend falsch. Deshalb engagiert sich ver.di in gesellschaftlichen Bündnissen für Abrüstung, wie dem Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“, und für die Verhinderung von Rüstungsexporten.

Der Delegierte Christof Ostheimer aus dem Bezirk Südholstein hatte bereits in der Aussprache zum Geschäftsbericht angeregt, ein innergewerkschaftliches Netzwerk für Friedenspolitik zu schaffen.

Aus der ver.di-Satzung

§ 6.2

Von der Mitgliedschaft ausgeschlossen sind Personen,

- a) (...)
- b) die antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Vereinigungen, Parteien oder anderen Gruppierungen fördern, diese Bestrebungen in Wort und Schrift oder durch andere aktive Mitwirkung unterstützen oder einer antidemokratischen oder antigewerkschaftlichen Vereinigung, Partei oder Gruppierung angehören.

Mehr als nur ein Broterwerb

GRÜßWORT – Bundesarbeitsminister will sachgrundlose Befristungen einschränken

(hla) Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, bot dem ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke bei seiner Rede kurz nach dessen Wahl eine langfristige Zusammenarbeit an. Schließlich gäbe es gemeinsam noch viel zu erledigen, in einer Zeit, in der sich in der Welt „beschleunigt gleichzeitig vieles ändert“. Die Menschen würden sich Sorgen um ihre Zukunft machen. Deswegen müssten Politik und auch Gewerkschaften Chancen und Schutz in Zeiten des Wandels organisieren.

Der Minister verwies auf ein Szenario des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, nach dem in den kommenden sechs Jahren 1,3 Millionen Jobs durch die Digitalisierung allein in Deutschland wegfallen. Gleichzeitig sollen aber 2,1 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Diesen Strukturwandel gelte es zu gestalten, ohne dass es zu Strukturbrüchen komme.

Diese Transformation will er gemeinsam mit den Gewerkschaften gestalten, damit die Arbeitnehmer*innen die Arbeit von morgen auch machen können. Dabei gehe es um Qualifizierung und Weiterbildung, aber auch um Umschulung. Heil hob die besondere Bedeutung von Arbeit hervor, sie sei Teilhabe am Leben und damit weitaus mehr als nur Broterwerb.

Zu den weiteren Themen, die er angehen wolle, zählte er die Grundrente, den Fachkräftemangel in der Pflege, ein Tariftreugesetz für den Bund und die sachgrundlosen Befristungen. Letztere bezeichnete er als willkürliche Befristungen. Dabei gab er selbstkritisch zu, dass auch der Bund mit der hohen Zahl an sachgrundlos befristet Beschäftigten kein gutes Vorbild sei.

Der Donnerstagabend steht bei ver.di-Bundeskongressen traditionell im Zeichen der Parteien. In

diesem Jahr kamen der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), der kommissarische SPD-Vorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner sowie Bernd Rie-xinger, Vorsitzender der Linkspartei. Moderiert von der Journalistin Ulrike Herrmann diskutierten sie eineinhalb Stunden lang über Tarifbindung, Grundrente und Digitalisierung.

Nicht wenige Delegierte kritisierten am nächsten Tag, dass das Podium mit Ausnahme der Moderatorin rein männlich besetzt gewesen sei. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Schmitz sagte jedoch, man habe die Parteien mehrfach darum gebeten, Politikerinnen für die Diskussion zu schicken. Letztendlich liege die Entscheidung, wer kommt, aber bei den Parteien.



DER VER.DI-VORSITZENDE
FRANK WERNEKE

SC H L U S S W O R T

Jetzt geht es an die Umsetzung

Hinter uns liegen sieben Tage in Leipzig, und vor uns liegen vier Jahre, in denen wir (...) für die Umsetzung unserer politischen Ziele kämpfen werden, für die Rechte unserer Mitglieder, für gute Arbeit und gute Tarifverträge, und für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft. (...) Es gab ausgesprochen intensive Diskussionen (...). Ich habe diese Diskussionen als kenntnisreich, als politisch, manchmal auch emotional, aber am Ende immer kollegial und fair empfunden. (...) Wir haben (...) Position bezogen, für einen modernen Sozialstaat mit einer breit aufgestellten, öffentlichen Daseinsvorsorge, für Tarifschutz für möglichst alle Beschäftigten in Deutschland, für einen ökologischen Aufbruch, der sozial gerecht organisiert wird, und für ein demokratisches Europa, und wir haben klare Position bezogen gegen unsere Feinde von rechts (...). Mit den Ergebnissen dieses Bundeskongresses bieten wir Orientierung, natürlich in ver.di hinein, aber ich bin mir sicher, die Ergebnisse dieses Bundeskongresses werden Aufmerksamkeit haben, sind relevant für das gesamte progressive politische Spektrum in diesem Land und darüber hinaus. Jetzt gehen wir in die Umsetzung – in die Betriebe, in die Einrichtungen, in die Verwaltung, auf die Straße, in den politischen Raum. (...)

Emotionale Debatte

ÖKOLOGIE – Passage zum Erhalt des Hambacher Forstes in Leitantrag aufgenommen

Weniger Saal – mehr Betrieb

(hla) Der nächste ver.di-Bundeskongress wird in vier Jahren stattfinden. Auch die folgenden Kongresse bleiben im Vier-Jahres-Rhythmus. Erst mal. Denn die Frage, ob man alle vier oder alle fünf Jahre die Delegierten an einem Ort zusammenholen soll, entwickelt sich langsam zu einem Dauerbrenner bei den Satzungsanträgen. In der Satzung ist im Paragraphen 37,3 geregelt, dass der Bundeskongress alle vier Jahre stattfindet, abgestimmt darauf sind auch die Zeitvorgaben für Landesbezirks- (§ 31,3) und Bezirkskonferenzen (§ 25,3). Gute Argumente haben beide Seiten. Die Befürworter*innen von vier Jahren sagen, so werde die innergewerkschaftliche Demokratie gestärkt. Außerdem sei es schwierig engagierte Jugendliche zu gewinnen, für die eine Festlegung auf ein Amt für fünf Jahre zu lang sei. Die Argumente für fünf Jahre sind, dass die Organisation so ein Jahr für die betriebliche Arbeit gewinne, sie müsse sich weniger mit sich selbst beschäftigen und gewinne mehr Zeit für betriebliche Arbeit. Auch könnten Kosten eingespart werden. Am Ende hatten die Befürworter*innen der Änderung auf fünf Jahre zwar die Mehrheit (54,8 Prozent), aber das für die Änderung notwendige Quorum von 80 Prozent wurde deutlich verfehlt (S 003). Auch eine einmalige Verschiebung auf fünf Jahre, damit die Organisationswahlen im Vorfeld des Bundeskongresses nicht mit den Betriebsratswahlen kollidieren, wurde abgelehnt (S 005).

(knies) Eine ausführliche, überaus konzentrierte und streckenweise auch sehr emotionale Debatte führten die Delegierten zum Thema ökologischer Umbau. Zur Abstimmung stand ein Leitantrag des ver.di-Gewerkschaftsrats (C001). In dem Antrag ist formuliert, wie ver.di sich die Bewältigung dieser Herausforderung vorstellt, welche konkreten Aufgaben aus ihrer Sicht zügig angegangen werden müssen.

GUTE ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT

Dem vorangestellt ist die grundlegende Voraussetzung: „Der ökologische Umbau kann nur gelingen, wenn die betroffenen Menschen mitgenommen werden. Unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist es, betriebs- und tarifpolitisch dafür zu sorgen, dass die ökologische Transformation einhergeht mit mehr guter Arbeit und sozialer Sicherheit. Dabei ist die Umweltbewegung ein wichtiger Bündnispartner.“ Der ökologische Umbau, heißt es da weiter, sei „in erster Linie eine politische Gestaltungsaufgabe.“ Das erfordere einen „aktiven Staat“, denn der Staat spiele „beim sozial-ökologischen Umbau eine Schlüsselrolle, die er mit einer aktiven Investitionspolitik, Industrie- und Dienstleistungspolitik sowie Struktur- und Regionalpolitik ausfüllen muss“.

INVESTITIONEN IN DIE INFRASTRUKTUR

Der Bogen der konkreten Vorschläge, die in dem Antrag aufgeführt sind, ist weit gespannt. Allem voran steht die Forderung nach einer ent-

schiedenen Ausweitung der öffentlichen und sozialen Dienstleistungen im sozial-ökologischen Sinn. Im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungsbaubereich gebe es große Versorgungslücken, die „nicht durch profitorientierte Geschäftsmodelle privater Unternehmen geschlossen“ werden. Erforderlich seien überdies massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur wie etwa die Verkehrsinfrastruktur, Energie, Wohnen und Gebäude. So sei ein „attraktives und gut abgestimmtes Angebot von öffentlichem Nah- und Fernverkehr“ für das Gelingen eines ökologischen Umbaus von großer Bedeutung.

SOZIALVERTRÄGLICHER KOHLEAUSSTIEG

ver.di unterstützt „einen geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung“, verweist aber in dem Antrag abermals explizit darauf, dass dieser sozialverträglich gestaltet werden muss, „dass die vom Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffenen Beschäftigten in den Stein- und Braunkohlekraftwerken und im Tagebau umfassend und vollständig abgesichert werden müssen“. Gewährleistet werden müsse auch, dass Strom, Wärme und Mobilität „auch für Geringverdiener erschwinglich bleiben“. Generell müsse es Leitlinie sein, dass die Kosten des ökologischen Umbaus „gerecht verteilt werden“.

ERHALT DES HAMBACHER FORSTES

Insbesondere Mitglieder der ver.di Jugend unter den rund 1000 Delegierten machten sich in der Debatte

engagiert für eine Erweiterung des Antrags um ihre Forderung nach Erhalt des Hambacher Forstes stark. Der Wortlaut: „Der Bundeskongress spricht sich ausdrücklich gegen die geplante Rodung des Hambacher Forsts sowie die generelle Zerstörung von Dörfern und Natur für den Braunkohleabbau aus.“ Die Antragskommission auf dem Kongress hatte empfohlen, die Forderung, die auch in einem anderen Antrag (C039) enthalten war, dem Leitantrag lediglich als Arbeitsmaterial anzugliedern. Nach langer Debatte empfahl auch die Antragskommission die Aufnahme der zitierten Passage in den Hauptantrag C001. Dem folgten die Delegierten mit großer Mehrheit.

ABKEHR VON DER „SCHWARZEN NULL“

Der sozial-ökologische Umbau, die erforderlichen öffentlichen Investitionen, so heißt es in dem Antrag, erfordert „eine Stärkung der staatlichen Einnahmen mittels einer gerechten Steuerpolitik“. Eine Abkehr von der Politik der „schwarzen Null“ sei ebenso vonnöten wie die Abschaffung der sogenannten Schuldenbremse, die ab 2020 nach dem Bund auch für die Länder gelten soll. „Und damit die Reichen nicht zu Lasten der Allgemeinheit noch reicher werden, sind Steuerentlastungen zugunsten der Unternehmen und der Vermögenden abzulehnen,“ so der Antrag in aller Klarheit. Im Gegenteil seien besonders hohe Einkommen und Vermögen endlich angemessen, also deutlich höher zu besteuern, als es bislang der Fall ist.

Keine Erde in Reserve

FRIDAYS FOR FUTURE – ver.di unterstützt Klimastreikwoche an den Hochschulen Anfang Dezember

(ml) Für den Klimaschutz schwenkte die ver.di-Jugend am 6. Kongresstag ihre Fahnen. Die 16-jährige Schülerin Freya Matilda Schlabas, die seit 2018 bei Fridays for Future aktiv ist, äußerte sich vor den Delegierten des 5. ver.di-Bundeskongresses empört angesichts des am letzten Freitag beschlossenen Klimapakets, das ein

Schlag ins Gesicht sei. „Wir haben aber keine zweite Erde in Reserve.“ Sie kündigte an, weiterzumachen: „Wir geben unsere Erde nicht auf.“

Bei ver.di stößt Fridays for Future auf viel Zuspruch. So erläuterte die Studentin Katharina Stierl, die bei den Students for Future die Gewerkschaftskontakte koordiniert, die Stu-

dent*innen seien überall auf offene Ohren bei den Gewerkschaften gestoßen. Sie sei stolz, dass ihre Gewerkschaft die Zeichen der Zeit erkenne. Der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke versprach, ver.di werde die Klimastreikwoche an den Hochschulen vom 2. bis 6. Dezember überall dort unterstützen, wo es möglich sei.

Das Leitbild von ver.di

GUTE ARBEIT – Flächen- und Branchentarifverträge verteidigen und Mitbestimmung ausbauen

(ml) Gute Arbeit ist und bleibt das Leitbild von ver.di, so der erste Leit-antrag A 001 des Bundeskongresses. Um gute Arbeit zu erreichen, kämpft ver.di für die Verteidigung und Rückeroberung der Flächen- bzw. Branchentarifverträge. Die Gewerkschaft will damit den durch die Agenda-Reformen befeuerten Unterbietungswettbewerb bekämpfen. Dazu bedarf es auch Mindeststandards. ver.di setzt sich deshalb weiterhin dafür ein, dass noch in dieser Legislaturperiode der Mindestlohn auf mindestens 12 Euro pro Stunde angehoben und anschließend an die Tariflohnentwicklung des Vorjahres angepasst wird. Zudem setzt sich ver.di für ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz auch im Privatsektor ein. So haben es die Delegierten am vierten und fünften Kongressstag beschlossen.

GEGEN PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

ver.di geht weiterhin gegen prekäre Beschäftigung vor: Das heißt Sozialversicherungspflicht für Mini- und Midijobs ab dem ersten Euro, Zurückdrängen von unfreiwilliger Teilzeitarbeit und die Abschaffung sachgrundloser Befristungen und Kettenbefristungen. Langfristig sollen auch ausbeuterische Formen der Leiharbeit abgeschafft werden (so der Änderungsantrag A 001 zu A 001).

Die Offensive für Gute Arbeit soll in Betrieben und Verwaltungen ausgebaut, Konzepte weiterentwickelt und die Anwendung des „DGB-Index Gute Arbeit“ ausgeweitet werden. Befragungs- und Forschungsergebnisse und gute Fallbeispiele sollen transparent und für andere nutzbar gemacht werden.

ARBEITSSCHUTZ UND ARBEITSZEITPOLITIK

Das zentrale Problem der Arbeitsintensivierung muss angegangen werden. Die Veränderungen in der Arbeitswelt durch Globalisierung, Digitalisierung, neue Arbeitsformen und auch die demografischen Entwicklungen hin zu einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft erfordern eine Stärkung des Arbeitsschutzes: Fehlende Gefährdungsbe-

urteilungen sind viel schärfer zu sanktionieren.

Die Arbeitszeitgestaltung ist vor allem ein Element des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. ver.di wird sich zum Schutz der Gesundheit für eine Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit einsetzen. Das Ziel ist die kurze Vollzeit mit Lohn- und Personalausgleich. Die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich soll breit in ver.di diskutiert werden. Die Arbeitszeit soll gesundheitsverträglich gestaltet werden. Dabei geht es auch darum, die Mindeststandards des Arbeitszeitgesetzes zu verteidigen. Die Ausnahme-

delt und die Erstberatung koordiniert, und durch bessere Strafverfolgung (A 140). Eine lückenlose Interessenvertretung bei Betriebsübergängen vom privaten in den öffentlichen oder kirchlichen Bereich und umgekehrt ist sicherzustellen (A 147). Vertreter*innen in Jugend und Ausbildungsvertretungen sollen per Gesetz besser geschützt werden (A 161).

Da das Bundespersonalvertretungsrecht seit über drei Jahrzehnten keiner nennenswerten Novellierung unterzogen wurde, fordert ver.di die unmittelbare Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes für den öffentlichen Dienst des



GUTE ARBEIT Die ver.di Initiative

möglichkeiten, die das Arbeitszeitgesetz bereits heute bietet, sind aus Sicht von ver.di für alle betrieblichen Flexibilitätserfordernisse mehr als ausreichend.

Zudem macht sich ver.di für eine gesetzlich abgesicherte geförderte Bildungsteilzeit stark, die sich an dem Modell der Altersteilzeit orientiert und durch betriebliche Weiterbildungsoffensiven mit entsprechenden Zeitbudgets ergänzt werden soll. Berufliche Weiterbildung ist zu fördern, dafür muss Zeit zur Verfügung gestellt werden.

MITBESTIMMUNG STÄRKEN

ver.di setzt sich dafür ein, die Mitbestimmung zu stärken und auszubauen. Die Wahl von Betriebsräten für Betriebe mit bis zu 100 Wahlberechtigten soll vereinfacht werden, der Kündigungsschutz von Initiator*innen von Betriebsratswahlen ausgeweitet und die Behinderung von Betriebsratswahlen konsequent strafverfolgt werden. Gegen Union Busting soll effektiver vorgegangen werden, mit einer Koordinierungsstelle, angesiedelt in der ver.di-Bundesverwaltung, die die Fälle bün-

Bundes, um für Personalräte das gleiche Niveau an Mitbestimmungsrechten zu erreichen wie für Betriebsräte. Die Schlechterstellung von Beschäftigten im kirchlichen Bereich durch kirchliche Mitarbeitervertretungsgesetze ist nicht mehr zu akzeptieren.

ZUKUNFTSGERECHTE TARIFFPOLITIK

Von elementarer Bedeutung ist die Stabilisierung von Flächentarifverträgen sowie „Häuserkämpfe“ um Tarifbindung. Dazu bedarf es einer Stärkung von oben, zum Beispiel durch eine Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitsregelungen.

ver.di will die Kollektive Gewerkschaftsarbeit in den Fachbereichen stärken und die Kräfte strategisch und systematisch bündeln, um Unternehmen ohne Tarifbindung zu erschließen oder wieder zu erschließen oder bestehende Tarifverträge zu stabilisieren, Tarifflicht zu verhindern und neue Branchentarifverträge zu verhandeln. Und ver.di wird gegen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung (OT-Mitgliedschaften) vorgehen.



CHRISTEL CHRISTOFSKY
AUS DEM BEZIRK AACHEN/
DÜREN/ERFT WAR MIT
88 JAHREN DIE ÄLTESTE
DELEGIERTE

INTERVIEW

Links und rebellisch

Du hast zu vielen Anträgen für die Jugend geredet. Warum?

Ich habe viele Übereinstimmungen mit der Jugend. Ihre Anliegen sind auch meine. Denn als ich jung war, war ich genauso: links, rebellisch und manchmal aufmüppig. Ich bin mit 88 noch genauso jung wie sie. Ich bin froh, dass es solche Jugendlichen gibt, die sich ernsthaft mit Politik beschäftigen.

Was hat Dir nicht so gefallen am Kongress?

Die Kongressführung war kompetent und sympathisch. Meine Hochachtung gilt auch der Antragskommission. Aber zum Teil hat sie Anträge zu früh für erledigt erklärt. Die Abendveranstaltungen könnte man weglassen und dafür länger diskutieren. Genervt bin ich von der Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten. Mir gefällt auch nicht, dass man versucht, Anträge von unten zu stoppen. Zwar ist dieser Antrag diesmal nicht durchgegangen, aber der wird in vier Jahren bestimmt wieder gestellt.

Anmerkung der Redaktion: Es geht um Änderungen im Antragsrecht an den Bundeskongress, Antrag S 007.

Der Sinn von Gewerkschaft

Die Marke mit dem Hashtag

(hla) Natürlich waren auch zahlreiche Gäste von befreundeten Organisationen aus anderen Ländern in diesem Jahr beim ver.di-Bundeskongress. ITF-Generalsekretär Stephen Cotton, EGÖD-Generalsekretär Jan Willem Goudriaan und UNI Global Union-Generalsekretärin Christy Hoffmann überbrachten in ihren Grußworten die besten Wünsche aus ihren Organisationen und zeigten den Delegierten mit Beispielen, wie wichtig die internationale Solidarität unter Gewerkschafter*innen ist. Doch das Interesse aus dem Ausland an dem ver.di-Kongress war in diesem Jahr noch deutlich größer als sonst. Der Grund: eine Briefmarke. Aber nicht irgendeine. Sondern die Sonderbriefmarke, die ver.di zu ihren Kongressen herausgibt. Damit hatte sich ver.di in diesem Jahr als besonders zukunftsgerichtet erwiesen – es war die erste Briefmarke weltweit mit einem Hashtag, in diesem Fall **#5BK19**. Diese Kunde verbreitet sich rasend schnell durch die Philatelisten-Foren weltweit. Zwei Briefmarkenfreunde aus Japan nutzten eine Geschäftsreise nach Hamburg zu einem kurzen Abstecher mit dem Leihwagen zur Kongresshalle nach Leipzig. Sie bekamen ihre Marken. Andere versuchten per E-Mail ihr Glück, fragten nach der Marke mit dem Hashtag. Rund 2000 Mails aus aller Welt waren bis zum Kongressende bei ver.di eingegangen.

RECHENSCHAFT – Der zweite Kongresstag stand ganz im Zeichen von Berichten

(ml) Eine Bilanz der vergangenen vier Jahre zog der scheidende ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske am zweiten Kongresstag in der mündlichen Ergänzung zum Rechenschaftsbericht. Darin erinnerte er unter anderem an den erfolgreichen Arbeitskampf um den Tarifvertrag bei Ryanair. ver.di könne die Menschen zusammenbringen, die das möglich machen, sagte er. „Gemeinsam können wir mehr erreichen, als jede und jeder für sich allein. Das ist der Sinn von Gewerkschaft.“

Weitere erfolgreiche Arbeitskämpfe, sei es für Auszubildende als angehende medizinisch-technische Assistent*innen, der Kampf in den Kliniken, bei der Post, im Sozial- und Erziehungsdienst, im Gesundheitssektor und im Pflegebereich sowie im öffentlichen Dienst, um nur einige zu nennen. Und auch

„Es ist unumstößlich. Kolleginnen und Kollegen, macht es mir nicht so schwer.“

Frank Bsirske zum Ende seiner letzten großen Rede als ver.di-Vorsitzender

internationales Vernetzen wurde vorangetrieben, wie bei Amazon.

Die Ergebnisse des DGB-Index Gute Arbeit wurden zum Ausgangspunkt betrieblicher Initiativen gemacht. Wie sich gezeigt habe, sei die Nutzung von Gefährdungsbeurteilungen ein wichtiger Hebel, um sich für gute Arbeit einzusetzen, so Bsirske.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

In den vergangenen konnte ver.di die Eintrittszahlen kontinuierlich steigern. Doch viele Beschäftigte

steigen mit Erreichen der Rente aus. Auch verliere die Gewerkschaft viele Neumitglieder in den ersten fünf Jahren. Um Impulse für die Mitgliederentwicklung zu setzen, ging Bsirske auf die großen Umgestaltungsprozesse ein, die Trennung und Neuausrichtung von kollektiver Betriebs- und Tarifarbeit sowie der individuellen Mitgliederarbeit werde vorangetrieben.

Klare Worte fand der noch amtierende Vorsitzende gegen die AfD. „Ein Zurück in nationale Beschränktheit jedenfalls ist das Letzte, was wir brauchen.“ In Zeiten von Klimawandel, internationalen Finanzkrisen, Terrorismus, Handelskonflikten, Flüchtlingsbewegungen und grenzüberschreitend handelnden Konzernen brauche es stattdessen ein Mehr an Miteinander, ein Mehr an Zusammenarbeit.

Besserer Service für Mitglieder

GEWERKSCHAFTSRAT – Monika Brandl zog positive Bilanz der vergangenen vier Jahre

(hla) Ebenso wie für Frank Bsirske war der 5. ver.di-Bundeskongress auch für die Gewerkschaftsratsvorsitzende Monika Brandl der letzte große Auftritt auf der ver.di-Bühne. Sie ist 2007 an die Spitze des höchsten Beschlussgremiums zwischen den Bundeskongressen gewählt worden. Zwölf Jahre lang hat sie von dort aus mit ver.di mitgestaltet, zuletzt auch mit der Begleitung des innergewerkschaftlichen Umstrukturierungsprozesses „Perspektive ver.di wächst“, einer der Schwerpunkte in ihrem Teil des Geschäftsberichts.

ZWEI PILOTBEZIRKE

Beim ver.di-Bundeskongress 2015 ging es noch um die ersten Pilotbezirke, in denen zwei Monate später die Umstellung erfolgen sollte, Bayern und Niedersachsen-Bremen. In den vergangenen vier Jahren sind die Piloten ausgewertet worden und mittlerweile ist die ver.di-Arbeit auch in Nordrhein-Westfalen umstrukturiert worden. Weitere Landesbezirke folgen in den kommenden Jahren. Ziel war es, die Erreichbarkeit, aber auch den Service für die Mitglieder zu verbessern und

noch mehr „Power“ in der Tarif- und Betriebsarbeit zu entwickeln.

GROBE VERÄNDERUNGEN

Im Wesentlichen soll das durch eine neue Arbeitsverteilung geschehen, bei der sich die Fachbereiche auf die kollektive Tarif- und Betriebsarbeit konzentrieren. Für die individuelle Mitgliederarbeit wurde eine neue Service- und Beratungsstruktur aufgebaut, mit ver.di-Zentren des Teams Beratung und Recht sowie den Bezirken. „Jede Umorganisation, jede Veränderung ist natürlich eine Veränderung und man behält auch gerne mal das, was man schon lange hat“, sagte sie mit Blick auf Schwierigkeiten bei der Umgestaltung. Inzwischen seien die Verbesserungen aber spürbar, auch weil immer wieder nachgesteuert worden sei. Da sieht Brandl ver.di auf einem guten Weg.

Zu der Umgestaltung gehöre aber auch eine Anpassung der Fachbereichsstrukturen, die breit im Gewerkschaftsrat, aber auch in ganz ver.di diskutiert worden ist. Ziel waren vier große Fachbereiche, jetzt sind es erst einmal noch fünf. An

dem Ziel von vier Fachbereichen solle aber langfristig festgehalten werden. „Ich persönlich halte die Zusammenführung der Fachbereiche für eine gute Lösung, denn sie stärkt die Fachbereichsarbeit, und damit stärkt sie natürlich auch ver.di und das ist gut so“, sagte Brandl. Sie mache auch den Weg frei zu der seit Langem immer wieder geforderten Verkleinerung des ver.di-Bundesvorstands.

Ergänzt wurde Brandls Bericht von Bernd Rose für den Haushalts- und Finanzausschuss und von Renate Sindt für den Personalausschuss des GR. Rose berichtete, dass es in den vergangenen vier Jahren gelungen sei, die Zuführungen für den Streikfonds deutlich zu erhöhen. „Wir haben in den letzten vier Jahren auf ein sinnvolles Verhältnis von Personal- und Sachkosten geachtet“, so Rose weiter. Die wirtschaftliche Lage der Bildungszentren habe sich genauso verbessert wie die Lage des Haushalts der Gesamtorganisation. Renate Sindt berichtete unter anderem über das jüngst neu eingeführte Traineeprogramm für neue ver.di-Gewerkschaftssekretär*innen.

Rente mit 63

SOZIAL-, ARBEITSMARKT- UND GESUNDHEITSPOLITIK – *Zahlreiche Anträge auch für Würde im Alter*

(hla) Insgesamt 193 Anträge standen im Sachgebiet B auf der Tagesordnung, alle unter der Überschrift Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik. Hier wurde unter anderem lange darüber diskutiert, ob man die Forderung nach Anhebung des Rentenniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung mit einer konkreten Zahl versehen soll. Die Mehrheit der Delegierten stimmte dem in der Abstimmung über den Änderungsantrag O1 zum Antrag B 004 zu, 53 Prozent werden jetzt gefordert.

RENTENNIVEAU ANHEBEN

Hintergrund für diese Diskussion ist, dass viele ver.di-Mitglieder in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten oder im Niedriglohnbereich. Sie brauchen Mindestsicherungselemente, damit sie im Alter nach einem langen Erwerbsleben auch in Würde leben können. Von einer Anhebung des Rentenniveaus profitieren eher diejenigen mit guten Renten. Daher macht sich ver.di zugleich auch für „Mindestsiche-

rungelemente ohne Bedürftigkeitsprüfung im gesetzlichen Rentensystem stark (B 004), die steuerfinanziert sein müssen“. Ein solches Element könnte die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, SPD, Anfang des Jahres vorgeschlagene Grundrente sein.

DE FACTO EINE RENTENKÜRZUNG

Zudem fordert ver.di die Rückkehr zu einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren. Eine Anhebung des Renteneintrittsalters wird abgelehnt, da schon heute viele Menschen Probleme haben, bis zum Renteneintrittsalter zu arbeiten. Jede Anhebung würde bedeuten, dass sie mit Abschlägen in Rente gehen müssen – also de facto eine Rentenkürzung.

In dem Antrag B 004 ist auch eine Wiedereinführung der rentenrechtlichen Absicherung von Zeiten des Arbeitslosengeld-II-Bezugs enthalten, ebenso wie für Arbeitslose ohne Leistungsbezug. Die Mütterrente müsse aus Steuermitteln finanziert werden. Auch Pflegezeiten

müssten rentenrechtlich berücksichtigt werden.

Grundsätzlich hat sich der Bundeskongress für ein Zwei-Säulen-System der Alterssicherung ausgesprochen, in dem die gesetzliche durch eine betriebliche Rente ergänzt wird. Im Niedriglohnbereich sollte der Zugang zu Betriebsrenten durch eine stärkere finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber erleichtert werden. Die Aufklärungs- und Mobilisierungsaktivitäten, mit denen ver.di, der DGB und seine Mitglieds-gewerkschaften Druck auf die Politik ausüben konnten, sollen fortgeführt werden.

DOPPELABGABEN VERMEIDEN

Um Doppelabgaben an Sozialversicherungsbeiträgen zu vermeiden, macht sich ver.di dafür stark, dass Betriebsrenten zukünftig wieder mit dem für die gesetzlichen Renten geltenden Prozentsätzen der Kranken- und Pflegeversicherung belastet werden (B 070). Damit würde der Zustand vor 2004 wiederhergestellt.



MARTINA RÖSSMANN-WOLF IST DIE VORSITZENDE DES VER.DI-GEWERKSCHAFTSRATS

SC H L U S S W O R T

Gemeinsam sind wir stark

Lasst uns nun nach Hause fahren, in unsere Betriebe, Verwaltungen, in unsere Städte, Gemeinden und Kommunen und all das weitergeben, was wir hier beschlossen haben. Lasst uns weiter mutig für unsere ver.di kämpfen, für unsere ver.di stehen und streiten, überall da, wo wir vor Ort aktiv sind. Lasst uns von unserem Kongress berichten. Wir haben, lasst es mich mal so sagen, teils visionäre Beschlüsse gefasst. Lasst uns mit unseren Mitgliedern aktiv werden, aktiv bleiben, und ganz viele davon überzeugen, dass unsere ver.di eine tolle Organisation ist, in die sie ganz schnell eintreten müssen. In diesem Sinne: Gemeinsam sind wir stark.

Der Kongress zum Nachlesen im Internet bundeskongress.verdi.de

Knapp 100 Anträge konnte der ver.di-Bundeskongress aus Zeitgründen nicht mehr beraten und hat sie an den ver.di-Gewerkschaftsrat überwiesen. Der wird sich in einer seiner nächsten Sitzungen damit beschäftigen.

Wider der prekären Plattformökonomie

DIGITALISIERUNG – *Künstliche Intelligenz muss transparent und beherrschbar sein*

(pewe) Wie sinnvoll neue Technologien und Künstliche Intelligenz, KI, eingesetzt werden können, hat der 5. ver.di-Bundeskongress selbst gezeigt. Erstmals standen allen Delegierten und auch allen ver.di-Mitarbeiter*innen sämtliche Anträge und Unterlagen digital zur Verfügung. Und sie standen nicht nur auf einer geschützten Plattform bereit, sondern wurden auch in Sekundenschnelle aktualisiert. So schnell kommt schreibend niemand mit. Und auch keine Druckerei, wenn die zigste kleine Änderung in eine Formulierung während der Antragsdebatten hinzugefügt wird.

Dass die Digitalisierung und KI sehr hilfreich und arbeitsentlastend sein können, hatte vor der Antragsberatung zum Block D, Digitalisierung in Arbeitswelt und Gesellschaft, schon Matthias Peissner vom Fraunhofer Institut für anwendungsorientierte Forschung in seinem Einführungsreferat deutlich

gemacht. Einer stichprobenartigen Umfrage seines Instituts zufolge glaubten zwar 90 Prozent der Befragten, dass KI in Zukunft den Menschen die Arbeit ab-, beziehungsweise wegnehme. Peissner sieht aber eine andere Zukunft. „Roboter ersetzen in der Zukunft den fehlenden Menschen“, so der Wissenschaftler in Anbetracht demografischer Entwicklungen. Und was sich zudem ändern werde, seien die Anforderungsprofile für Beschäftigte, und zwar massiv. Aber nicht nur die Beschäftigten müssten sich qualifizieren, sondern auch die Unternehmen müssten sich für die Veränderungen fit machen.

Darin konnten ihm die Delegierten gut folgen, schließlich standen auch in dem Leitantrag „Künstliche Intelligenz und neue Arbeitsformen gemeinwohldienlich und menschengerecht gestalten“ genau diese Aspekte im Mittelpunkt. Generell

fordert ver.di, dass KI ethischen, demokratischen und sozialen Standards entsprechen muss. Sie muss transparent und nachweislich jederzeit beherrschbar sein. Bevor KI eingesetzt wird, muss verbindlich geprüft werden, ob das Gefahren mit sich bringt.

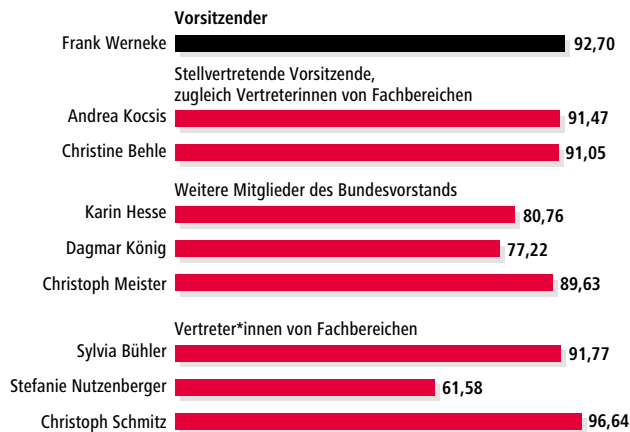
Gefährdungen durch KI sind verbindlich von vornherein auszuschließen. Es müssen mehr sozial abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen, als durch KI abgebaut werden – Arbeit muss gerecht verteilt werden. Und die Gewinne durch KI müssen allen zugutekommen. Ein Teil könne etwa in Weiterbildung und gesundheitliche Prävention sowie in Arbeitszeitverkürzung fließen, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen. Die wichtigste Voraussetzung bleibt bei allem: Die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen müssen so früh wie möglich schon in die KI-Gestaltung eingebunden werden.

Neue Spitze

WAHLEN – Führung für Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat in Leipzig neu gewählt

Der neue ver.di-Bundesvorstand

Wahlergebnisse in Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen pro Wahlgang



QUELLE: VER.DI-BUNDESKONGRESS, TAGESPROTOKOLL VOM 24.9.2019, TEIL 2

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGS-
GEWERKSCHAFT VER.DI,
FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

DR. MARIA KNIESBURGES
REDAKTION: HEIKE LANGENBERG
(VERANTWORTLICH), ANKE
GEORGE-STENGER, MARION
LÜHRING, JENNY MANSCH,
PETRA WELZEL

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

FOTOS: KAY HERSCHELMANN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: THOMAS PLASSMANN

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10,
10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069,

FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE

NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 11

ERSCHEINT AM 19. OKTOBER 2019

ver.di.de

Trotzdem Danke

„Noch nie wurde
so viel gedankt wie auf
diesem Kongress.“

Marianne Wendt in ihrem
Geschäftsbericht für
die Revisionskommission
von ver.di

(hla) Am 24. September um 16.20 Uhr war es so weit: Frank Werneke wurde zum neuen ver.di-Vorsitzenden gewählt. 825 Delegierte stimmten für ihn. Damit endete die Ära Frank Bsirske, der 18 Jahre an der Spitze ver.dis gestanden hat, endgültig. Zu Wernekes Stellvertreterinnen wurden Andrea Kocsis und Christine Behle gewählt. Kocsis ist die Vertreterin des Fachbereichs Postdienste, Speditionen, Logistik, Behle wurde gleich von fünf Fachbereichen für

AUCH NOCH GEWÄHLT

Der **Revisionskommission** für die Bundesebene gehören nun folgende zwölf Kolleg*innen an: Inken Biehl (Hamburg), Andrea Hintze (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), Ilse Kollmann (Rheinland-Pfalz-Saarland), Gabriele Oppenheimer (Baden-Württemberg), Bianka Petri (Nord), Volker Reinhardt (Hessen), Jutta Strehl (Niedersachsen/Bremen). Wolfgang Untergehr (Bayern), Marianne Wendt (Berlin-Brandenburg), Monika Zimmermann (Nordrhein-Westfalen) und zwei noch zu benennende Vertreter*innen der ver.di-Jugend.

Ebenfalls hat der Bundeskongress den **Kontroll- und Beschwerdeausschuss** von ver.di neu gewählt. Er hat folgende Mitglieder: Helga Benner (Niedersachsen/Bremen), Norbert Emmerling (Bayern), Sieglinde Kowski (Nord), Ernst-Wilhelm Mahrholz (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen), Hannelore Reiner (Ber-

lin-Brandenburg), Erika Schmah (Hessen), Gitta Süß-Slania (Baden-Württemberg), Birgit Wagner (Rheinland-Pfalz-Saarland), Erika Wehde (Nordrhein-Westfalen), Bernhard Wieszczyński (Hamburg) und zwei Vertreter*innen der Jugend.

Anja Bossen aus dem ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg wurde von den Delegierten des Bundeskongresses zur **Beauftragten für Kunst und Kultur** gewählt. Sie hat an der Universität Potsdam derzeit eine Vertretungsprofessur für Musikpädagogik übernommen, die jedoch Anfang 2020 auslaufen wird. Dann wird sie auf ihre ebenfalls befristete Mitarbeiterstelle am Lehrstuhl für Musikpädagogik zurückkehren. „Wie ich präkäre Beschäftigung noch nie normal finden konnte, engagiere ich mich seit mehr als 20 Jahren in der Fachgruppe Musik“, sagte sie in ihrer Vorstellungrede.

Aus dem ver.di-Bundesvorstand sind damit Frank Bsirske, Andreas Scheidt, Gabriele Gröschl-Bahr, Ute Kittel, Wolfgang Pieper sowie Lothar Schröder ausgeschieden.

Auch der Gewerkschaftsrat (GR) von ver.di hat eine neue Vorsitzende: Martina Rößmann-Wolf. Sie folgt Monika Brandl, die nach zwölf Jahren an der Spitze nicht mehr angetreten war. Nachdem der Bundeskongress die GR-Mitglieder gewählt hat, konstituierte sich das höchste Beschlussgremium in ver.di zwischen den Kongressen. Neben Rößmann-Wolf gehören Werner Filipowski, Constantin Greve, Susanne Meister und Brigitte Schero dem Präsidium an. Hinzu kommen der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses, Bernd Rose, und seine Stellvertreterin Isabell Senff sowie die Vorsitzende des Personalausschusses, Lisette Hörig, und ihr Stellvertreter Rolf Wiegand.

Mehr über die weiteren Mitglieder der Ausschüsse, die Präsidiumsmitglieder des Gewerkschaftsrats und die Geschäftsverteilung im ver.di-Bundesvorstand werden wir in kommenden Ausgaben der „ver.di news“ berichten.

DER KONGRESS IN ZAHLEN

In ihrem Bericht gab die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission am 24. September an, dass von den 1003 eingeladenen Delegierten 932 bis zu diesem Zeitpunkt nach Leipzig gereist waren. Davon waren 557 Frauen. 58 Mandate waren unbesetzt geblieben. Die jüngste Delegierte war die 20jährige Lucy Hammel aus dem Bezirk Düsseldorf-Rhein-Wupper, die älteste mit 88 Jahren Christel Christofsky aus dem Bezirk Aachen/Düren/Erft. Das Durchschnittsalter lag bei 53,05 Jahren, der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag der Delegierten dieses Kongresses belief sich auf 32,10 Euro. 136 der Delegierten waren Senior*innen, 56 mehr als nach Satzung und Gewerkschaftsratsbeschluss erforderlich. Auch die Vorgaben für die Mandate der ver.di Jugend waren um zwölf übererfüllt. Insgesamt saßen 72 Jugendliche im Plenum.